Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1. Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650. Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 50 Mk. mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.

Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 329. **Donnerstag** den 25. November 1886. **80. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bis auf Weiteres darf auf der Strecke der Elsässer Straße zwischen der Berge- und Sedanstraße Erde, Bauschutt, aus Stein, Sand, Kalkmörtel und Erde bestehend, Sand, Kies und Steinknack abgeladen werden; dagegen sind insbesondere Kehricht, Scherben, Blechstücke, Blechwaaren, Gypsstücke, Stroh oder Strohgeflechte, Dünger, Holz, Papier, Asche, Kohlenstaub, Schlamm, Ruß, Glas und dergleichen ausdrücklich ausgeschlossen.

Zuwiderhandlungen hiergegen werden sowohl an Denjenigen, welche dergleichen ausgeschlossene Gegenstände abgeworfen, als auch an Denjenigen, welche hierzu Auftrag ertheilt haben, mit Geldstrafe bis zu 60 ℳ oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet werden.

Im Uebrigen ist den Weisungen der vom Rath Beauftragten bezüglich der Stellen, wo auf der bezeichneten Straßenstrecke abgeladen werden soll, unbedingt Folge zu leisten.

Leipzig, am 17. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ib. 4240. Dr. Georgi. G.

Ausschreibung.

Für den Schlacht- und Viehhof hierselbst wird die Anfertigung, Anlieferung und Aufstellung der **eisernen Dachconstruction** für die Großviehschlachthalle hierdurch ausgeschrieben.

Die Unterlagen sind im Schlachthofbureau, an der Kaiserin-Augusta-Straße, gegen Zahlung von 1 ℳ 50 ₰ erhältlich.

Die Angebote sind in Form und Bezeichnung nach Maßgabe der den Angebotsformularen beigefügten Vorschriften zu behandeln und bis zum 6. December d. J., Mittags 12 Uhr in der Nuntiatur des Rathhauses abzugeben.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Bewerbern sowie die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, am 22. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 6708. Dr. Georgi. Hentschel.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier

Montag, den 29. November a. c.,

Vorm. von 9 Uhr an

eine Partie getragene Kleidungsstücke, Möbel, Haus- und Küchengeräthe, Betten, sowie ein **schmiedeeisernes Brustwehr-Geländer mit Holzdeckung,** 20 Mtr. lang, 1 Mtr. hoch,

meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 23. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig. (Armenamt.)

Ludwig-Wolf. Jungbähnel.

Bekanntmachung,

die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Wendler'sche Freischule betreffend.

Diejenigen Eltern und Vormünder, welche für Ostern 1887 um Aufnahme ihrer Kinder und Pflegebefohlenen in die Wendler'sche Freischule nachzusuchen gesonnen sind, haben sich entweder **Donnerstag, den 25. d. M. 2 Uhr,** oder **Montag, den 29. d. M. 2 Uhr in der Freischule, Lößnerstraße 3,** persönlich mit den Kindern einzufinden und zugleich Tauf- und Impfschein des Kindes vorzulegen. In die unterste Classe der Schule können nur Kinder Aufnahme finden, welche in der Zeit vom 1. Juli 1880 bis zum 30. Juni 1881 geboren wurden. Kinder, welche schon Schulunterricht genossen haben, können nur, soweit Raum noch vorhanden ist, in eine obere Classe der Schule aufgenommen werden.

Leipzig, 20. November 1886.

Das Directorium der Wendler'schen Stiftung.

Handelsgebräuche der Leipziger Börse

im Rüböl- und Spiritus-Geschäft.

Im Einvernehmen mit dem Börsen-Vorstande haben wir eine neue Zusammenstellung der Handelsgebräuche der Leipziger Börse im Rüböl- und Spiritus-Geschäft veranstaltet. Der Entwurf dieser Zusammenstellung ist von morgen ab an der Börse ausgehängt, auch werden daselbst, wie auf unserer Kanzlei, Neue Börse, Treppe A, I., von Anfang nächster Woche an Druckabzüge davon unentgeltlich zu haben sein.

Etwaige Einwendungen gegen den Inhalt dieses Entwurfs sind **bis zum 23. December d. J.**

schriftlich auf unserer Kanzlei einzureichen. Nach Ablauf dieser Frist werden wir den Inhalt des Entwurfs oder nach Umständen diejenigen Theile desselben, gegen welche Einwendungen nicht erhoben sind, auf Grund von §. 18 der Börsen-Ordnung vom 25. September 1886 anderweit mit der Wirkung veröffentlichen, daß gegen denjenigen, welcher bei Abwickelung eines Börsengeschäfts den veröffentlichten Handelsgebräuchen die Anerkennung verweigert, Ausschließung von der Börse verfügt werden kann.

Leipzig, den 23. November 1886.

Die Handelskammer.

Dr. Wachsmuth, Vorsitzender. Dr. Gensel.

V.-Consulat

der Vereinigten Staaten von Mexico.

Hiermit zeige ich ergebenst an, daß sich meine Kanzlei von heute ab in der Jacobstraße Nr. 5 parterre befindet.

Leipzig, 24. November 1886.

R. Huste, V.-Consul.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Eröffnung des Reichstages.

Heute tritt der im Jahre 1884 gewählte Reichstag zu seiner ordentlichen Session zusammen. Es ist eine ernste Lage, in welcher sich diese wichtige Handlung vollzieht. Die Beziehungen der europäischen Mächte sind nicht mehr dieselben wie vor drei Monaten, als noch Fürst Alexander von Battenberg in Bulgarien regierte. Der Staatsstreich vom 21. August hat eine veränderte Gruppirung der europäischen Großmächte zur Folge gehabt, welche, wenn auch vielleicht noch nicht endgiltig festgestellt, doch ihrem Wesen nach schon deutlich erkennbar hervortritt. Es ist eine Entfremdung zwischen Rußland einerseits und Oesterreich-Ungarn und England andererseits eingetreten, welche in der amtlichen und nichtamtlichen Presse der drei Länder ihren Ausdruck gefunden hat. Es ist ferner unzweifelhaft, daß Italien und Deutschland mit Oesterreich-Ungarn und England darüber einverstanden sind, daß die auf Bulgarien bezüglichen Bestimmungen des Berliner Friedensvertrages vom 13. Juli 1878 aufrecht zu erhalten sind. Wenngleich Deutschland den Bewegungen in Bulgarien als unbetheiligter Macht gegenübersteht, so ist doch seit dem Auftreten des Generals Kaulbars in Bulgarien die Innigkeit des Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland dadurch beeinflußt worden, daß Deutschland für die Handlungen des Generals nicht Partei ergriffen hat. Die Verstimmung Rußlands darüber ist durch die Uebertragung des Schutzes russischer Unterthanen an Frankreich in sehr auffallender Weise hervorgetreten. Diese Thatsache erregt um so mehr Aufsehen, als die Anfrage Rußlands, ob der zur Bewachung der russischen Archive in Sofia zurückgelassene Beamte nöthigenfalls sich wegen Schutzes der russischen Unterthanen an den Vertreter Deutschlands würde wenden können, umgehend und vorbehaltlos zustimmend beantwortet worden ist. Daß die Russen in China den Franzosen im vorigen Jahre den gleichen Dienst erwiesen haben, kann nicht als ausreichender Grund für die Ordnung dieser Angelegenheit in Bulgarien in demselben Sinne geltend gemacht werden, man ist vielmehr zu der Auffassung berechtigt, daß gegenwärtig die Beziehungen Rußlands zu Frankreich freundschaftlicher sind als zu Deutschland. Es wäre voreilig, daraus weitergehende Schlüsse ziehen zu wollen, aber sicherlich dient dieser Zwischenfall nicht dazu, die Lösung der bulgarischen Frage auf friedlichem Wege zu fördern.

Die erste und Hauptvorlage, welche dem deutschen Reichstage gemacht werden soll, ist ein Gesetzentwurf, welcher die Heeresstärke für weitere sieben Jahre feststellt. Dem Vernehmen nach ist für diese Vorlage die Volkszählung vom Jahr 1885 als Grundlage zur Ermittelung des verfassungsmäßigen Procentsatzes der Bevölkerung, welcher zur Leistung der Militairpflicht unter den Fahnen zu halten ist, als maßgebend erachtet worden. Diese Vermehrung der Heeresstärke hat ihre volle Berechtigung.

Wir zweifeln auch nicht daran, daß die gemäßigt liberale Partei im Reichstage die Vermehrung der Heeresstärke um die durch die neueste Volkszählung begründete Zahl von Soldaten ohne Widerspruch bewilligen wird.

Von anderer Seite ist die Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Infanterie als Gegenleistung verlangt worden. Ueber diese Frage ist seit nunmehr 25 Jahren so viel hin und her berathen und gestritten worden, daß man sie füglich als erledigt betrachten kann. Die militairischen Sachverständigen haben sich der großen Mehrzahl nach für Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit ausgesprochen und sie haben selbst den Mittelweg der 2½jährigen Dienstzeit abgelehnt, also erscheint es müßig, diesen alten Streitgegenstand wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen. Die Zeitlage ist ernst genug, um die Vermeidung nutzloser Wortgefechte als unerläßlich erkennen zu lassen, also wollen wir uns auf den Standpunct der Thatsachen stellen und Das, was die Reichsregierung mit Recht verlangt, auch ohne Abstrich bewilligen.

Die Frage der Bildung einer festgegliederten Mittelpartei ist bis jetzt verneint worden und wohl auch mit vollem Recht. Die zeitbewegenden Hauptfragen, die sociale und die kirchenpolitische Frage, sind allerdings der Art, daß ein Bund der Mittelparteien zu ihrer Lösung als das bestgeeignete Mittel erscheint, aber für diese Zwecke ist das Einverständniß der gemäßigten Liberalen und Conservativen bisher immer vorhanden gewesen und wird es auch sicher in Zukunft sein. Beide Parteigruppen sind darüber einverstanden, daß die gemäßigten Elemente der Volksvertretung gegen die Ausbreitung der socialistischen Bewegung zusammenstehen müssen, und dieselben Elemente sind auch darüber einig, daß die Rückkehr der Jesuiten nach Deutschland auf jede Weise verhindert werden muß. Die Ablehnung des Hammerstein'schen Antrages durch die gleichartigen Parteigruppen im preußischen Landtage ist ebenso unzweifelhaft, aber was gegen die Organisation einer festgegliederten Mittelpartei spricht, das sind die wirthschaftlichen Fragen. In dieser Beziehung ist die Einigkeit, welche von Seite der Reichsregierung gewünscht wird, nicht zu erreichen. Für Monopole, gleichviel ob Tabaks- oder Branntweinmonopol, ist eine Mehrheit im Reichstage nicht zu erlangen, und selbst **Neuwahlen** werden darin keine Aenderung bringen.

Die Frage der **Auflösung und Neuwahl des Reichstages** im Falle der Ablehnung der Militairvorlage ist schon jetzt in Rechnung gezogen worden, wie wir meinen, ohne greifbare Veranlassung. Man hat stets die Vaterlandsliebe der Franzosen gerühmt, welche in Sachen der Landesvertheidigung niemals den Grundsatz der Sparsamkeit als den obersten anerkannt, sondern das Verlangte stets anstandslos bewilligt haben. Das ist gewiß sehr schön und gut, aber wir bedanken uns denn doch bestens für französische Finanzzustände und wir wollen im Gegensatz dazu stets **an unseren philiströsen** Sparsamkeitsgrundsätzen festhalten.

Aber andererseits hat die Erfahrung gelehrt, daß für die nothwendigen Heeresbedürfnisse im deutschen Reichstage noch immer die erforderliche Mehrheit zu finden war, wegen Ablehnung der Forderungen für Militairzwecke ist noch kein Reichstag aufgelöst worden und wird es auch voraussichtlich nicht werden. Die Centrumsmänner haben es schon seit längerer Zeit erfahren, daß die Zeit der Blüthe ihres Weizens vorüber ist, sie müssen ihrem Herrschgelüste allmälig Zwang anthun, wenn sie nicht hinten hinunter fallen wollen, und die Opposition der Deutschfreisinnigen hat auch ihre Grenzen, wie die Vorgänge bei den Abstimmungen über die Verlängerung der Geltung des Socialistengesetzes bewiesen haben.

* * *

* **Zur Frage des Septennats** schreibt die „National-liberale Correspondenz":

Man kann sich die Gründe leicht denken, welche die Regierung gegenwärtig eine raschere Erledigung der Militairvorlage wünschen lassen, als sie selbst noch vor einiger Zeit ins Auge gefaßt hatte. Im Reichstage freilich wird an irgend welche Entscheidung vor Weihnachten gar nicht zu denken sein. Die entsprechenden früheren Berathungen haben sich schon immer sehr lange hingezogen. 1874 erfolgte die erste Lesung am 16. Februar, die zweite, mit der entscheidenden Abstimmung, am 14. April, 1880 die erste Lesung am 1. März, die zweite — obgleich damals die Mehrheit für das von der Regierung geforderte Septennat von vornherein feststand — am 9. April. Diesmal wird Herr Windthorst schon für ein recht gemächliches Tempo sorgen; ganz abgesehen von der besonderen Lage seiner Partei könnten ihn vielleicht dieselben Gründe, welche die Regierung zur Beschleunigung veranlassen, zur Verzögerung bestimmen. Diejenigen, welche sich schon den Kopf darüber zerbrochen, was denn aus dem Etat werden solle, wenn der Reichstag die Militairvorlage ablehne und alsbald aufgelöst werde, können sich also beruhigen; die endgiltige Entscheidung über diese Vorlage wird kaum vor die Erledigung des Etats fallen. Nichts desto weniger wird indeß der Reichstag von vornherein unter dem Einflusse dieser Angelegenheit stehen. Der Schwerpunct der Situation liegt im Centrum. Alle anderen Parteien stehen dem Septennat klar gegenüber, die Nationalliberalen und Conservativen werden es annehmen, die Deutschfreisinnigen, Socialdemokraten, Volksparteiler, Polen, Welfen &c. es ablehnen, nur das Centrum steht da, wie ein großes Fragezeichen. Wird das Centrum es auf die Auflösung des Reichstags um der Septennatsfrage willen ankommen lassen? Herr Windthorst scheut die Auflösungen — das hat er 1884 und noch in diesem Jahre bei der Verlängerung des Socialistengesetzes bewiesen. Die kleinen Manöver indeß, welche er bei diesen Gelegenheiten anwendete, werden ihm hier durch den Umstand erschwert, daß bisher noch nie ein Centrumsmitglied für das Septennat gestimmt hat. Und mit dem Systeme der Abcommandirungen, mit welchem man 1880 allerdings einen recht bemerkenswerthen Anfang gemacht hat, kann man es diesmal allein nicht machen. Denn wie liegen die Parteiverhältnisse? Als zweifellose Stimmen für das Septennat zählen wir diejenigen der nationalliberalen und der beiden conservativen Fractionen einschließlich 5 Wilder — zusammen 159, als zweifellose Stimmen gegen das Septennat diejenigen der Deutschfreisinnigen, Socialdemokraten, Polen, Elsaßlothringer, Volksparteiler und 5 Wilder — zusammen 131. In den letzteren, seiner bisherigen Haltung gemäß, das Centrum gerechnet, würde eine Summe von 230 gegen das Septennat ergeben. Unter diesen Umständen würden, wenn man die Ablehnung mit Sicherheit vermeiden wollte, von den 230 bei der Abstimmung mindestens 100 fehlen müssen. Wo sollen die herkommen? Eine wirkliche Abcommandirung kann außer dem Centrum keine Partei wagen. Vielleicht thäten die Elsaßlothringer Herrn Windthorst den Gefallen, wegzubleiben. Nehmen wir dies an, rechnen wir außerdem, daß von den Deutschfreisinnigen 10 und von den übrigen Gruppen entsprechende Zahlen fehlen, so kommen wir höchstens auf 38. Das Centrum würde also über 60 seiner Mitglieder, d. h. die Mehrheit der Fraction, verschwinden lassen müssen. Das ist unmöglich. Auf der anderen Seite ist es freilich eine harte Zumuthung, daß das Centrum nach seiner bisherigen Negation nun gleich für eine Feststellung der Präsenzziffer auf 7 Jahre stimmen soll. Es scheint denn auch, als ob es auf conservativer Seite Leute gäbe, die ihm diese fatale Lage durch ein Compromiß, etwa auf 5 Jahre, erleichtern möchten. Anders [illegible] vermögen wir die in der „Conservativen Correspondenz" vorgetragene Theorie, daß das „Aeternat" das allein Richtige und im Uebrigen es ziemlich gleichgiltig sei, ob die Feststellung auf 7, 5 oder 3 Jahre erfolge, im gegenwärtigen Augenblicke nicht zu verstehen. Die [illegible] wird wohl anders darüber denken, und so wird Herrn Windthorst doch nur die Wahl bleiben, entweder einen [illegible] Theil seiner Gefolgschaft für das Septennat stimmen zu [illegible] oder die Auflösung des Reichstages herbeizuführen. [illegible] thut er das Erstere.

Die „Kölnische Zeitung" bemerkt zur Sache:

Die neue Militairvorlage hat seltsame und bemerkenswerthe Erklärungen in der regierungsfeindlichen Presse, in der radicalconservativen wie in der radicalfreisinnigen und ultramontanen, zu Tage gebracht. Die Radicalconservativen von der Sorte der „Kreuzzeitung" und des „Reichsboten" sind so ungehalten über das Unglück, welches sie mit ihrem Aeternat gehabt haben, daß sie noch verächtlicher über das Septennat losziehen, als die Freunde aus dem Centrum. Wenn nicht das Aeternat sein kann — also betheuern sie —, dann auch gleich die dreijährige oder noch lieber die alljährliche Festlegung der Heeresziffer. Und „Bravo" schallt es aus den Reihen der Deutschfreisinnigen und dem Lager des Herrn Windthorst. Aber besonders viel Muth suchen die Centrumsleute doch nicht hinter den prahlerischen Redensarten der Kreuzzeitungshelden, die „Germania" sagt ihnen sogar auf den Kopf zu, daß sie mit ihren Ausführungen zwar zweifellos recht hätten, aber schließlich ganz bestimmt nicht danach handeln würden. Die „Germania" selbst giebt ihren Standpunct genau dahin an: „Das Aeternat ist so wenig beliebt wie das Septennat, so daß als richtig übrig bleibt die Festsetzung der Friedenspräsenz im jährlichen Etat wie bei der Marine. Wir haben das früher gehabt und müssen auf diesen Stand wieder zurückkommen." Trotz dieser stolzen und bestimmten Worte dürfen wir sicher, daß das Centrum die genügende Zahl von Stimmen für das Septennat abgeben wird. An dieser Frage versagt die Macht des Herrn Windthorst gerade wie beim Socialistengesetz. Die vereinigten früheren Fortschrittler und Secessionisten haben sich bekanntlich bei ihrem Verbrüderungsfest über die dreijährige Festlegung der Heeresziffer geeinigt. Wollten sie sich beim ersten Anlaß an diesem selben Puncte wieder veruneinigen, so würden sie für alle Zeiten der Lächerlichkeit verfallen, von der sie ohnehin nicht mehr weit entfernt sind. Im Uebrigen ist die Haltung der deutschfreisinnigen Presse eine keineswegs zuversichtliche und es bleibt nicht unmöglich, daß einige ehemalige Secessionisten sich bei der entscheidenden Abstimmung seitwärts ins Nachzimmer schlagen werden, wenn sie nicht vorziehen, rechtzeitig Urlaub zu nehmen. Aus unseren Berechnungen, wonach sich bei Zugrundelegung der letzten Volkszählung und Beibehaltung des Grundsatzes, 1 Procent der Bevölkerung bei der Fahne zu halten, eine Vermehrung der Heeresziffer um 41,135 Mann ergeben würde, schließen die Blätter durchweg, daß auf diese Vermehrung zu rechnen sein werde. Das mag wohl richtig sein, und auch darin wird die „Germania" schwerlich fehl gehen, wenn sie vermuthet, die Nationalliberalen seien bereit, die Erhöhung, wenn sie als unumgänglich gefordert wird, zu bewilligen. Denn von der „Post" gemachten Vorschlage, daß angesichts der gefahrenen und feindseligen Haltung der äußersten Parteiflügel die Mittelparteien von vornherein gemeinsame Stellung zur Militairvorlage nehmen möchten, schließen wir uns an. Ist die Nothwendigkeit der Erhöhung dargethan, so muß sie bewilligt werden, denn die Sicherheit unseres Reiches steht als erstes Gebot auf unserer politischen Tafel. Gehen die Mittelparteien geschlossen mit der Reichsregierung, so werden es sich die Herren auf der radicalen Rechten und Linken und nicht minder die Conservativen im Centrum dreimal überlegen, ob sie eine Reichstagsauflösung herbeiführen sollen. Was den gegenwärtigen Stand der Militairvorlage anlangt, so ist dieselbe im Bundesrath genehmigt worden, wird dem Reichstag sofort nach seiner Eröffnung zugehen und in der Thronrede ihre erste feierliche Ankündigung und Begründung erfahren; daß eine Erhöhung der Heeresstärke um 41,000 Mann die entsprechende Erhöhung der dauernden Kosten und nicht unbedeutende Ausgaben für die erstmalige Einstellung und Ausrüstung der Mannschaft mit ihrer Waffe zur Folge hat, ist natürlich.

Leipzig, 25. November 1886.

* In der am Montag unter dem Vorsitz des Staatsministers Staatssecretairs des Innern von Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung beschloß der Bundesrath, dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Friedens-Präsenzstärke des deutschen Heeres, die Zustimmung zu ertheilen. Die Denkschrift über die Errichtung einer ständigen Pharmakopoe-Commission wurde dem Ausschuß für Handel und Verkehr zur Vorberathung überwiesen.

* Betreffs der **Militair-Vorlage** wird verschiedenen Blättern gemeldet, daß das neue Septennat bereits am 1. April 1887 in Kraft treten solle, obgleich das gegenwärtig bestehende noch bis zum 31. März 1888 läuft. Wir müssen dahingestellt sein lassen, ob dies mehr als eine Vermuthung auf Grund der unerwartet frühen Einbringung der Vorlage ist. Der Etatsentwurf für 1887—88 hat eine Erhöhung der Präsenzstärke für dieses Finanzjahr nicht vorgesehen; es wäre aber nicht ausgeschlossen, daß dieselbe erst nach der Aufstellung des Etats in Frage gekommen und daß die Einbringung eines Nachtragsetats nach erfolgter Annahme der Militair-Vorlage beabsichtigt wäre. Es heißt in Verbindung mit der Beschleunigung dieser Vorlage, daß Fürst Bismarck schon in den ersten Tagen des December nach Berlin zurückkehren werde.

* Die erste Sitzung der **nationalliberalen Fraction des Reichstags** findet heute, Donnerstag, eine Stunde vor der Eröffnung des Reichstags statt.

* An Stelle des verstorbenen Löwe-Calbe ist der Bergrath **Dr. Schultz** in Bochum als Candidat für das **Abgeordnetenhaus** im **Wahlkreis Bochum-Dortmund** aufgestellt. Derselbe gehörte bereits von 1882—84 als Mitglied der nationalliberalen Fraction dem Abgeordnetenhause an und legte dann aus persönlichen Gründen sein Mandat nieder. **Seine Wahl ist vollkommen gesichert.**

* * *

* **Brieflichen Nachrichten aus der russischen Hauptstadt** zufolge wird demnächst vor dem **Petersburger Militairbezirksgericht** wieder ein größerer **Nihilistenproceß** zum Abschluß gelangen. Als Hauptangeklagte figuriren zwei Mitschuldige an der von Degajew geleiteten Ermordung des Polizeiofficiers Sudeikin. Degajew verschwand damals und wird noch heute gesucht. Außer über die beiden Genossen Degajew's wird in dem bevorstehenden Processe noch über mehrere andere Nihilisten abgeurtheilt werden. Einige derselben haben bei der Herstellung von Geheimdruckereien und bei der Verbreitung aufrührerischer Proclamationen mitgewirkt. Ein weiterer Angeklagter hat ein gegen den jetzigen Kaiser geplantes, aber vereiteltes Attentat, über welches Näheres nicht bekannt geworden ist, vorbereiten helfen. Unter den Angeklagten befinden sich diesmal keine Officiere, wohl aber wieder einige Priestersöhne und mehrere Juden.

* **Die socialdemokratische Bewegung** nimmt in **Schweden** von Jahr zu Jahr zu und bereits jetzt ist die Leitung der großen Mehrzahl der schwedischen Arbeiterverbindungen in socialdemokratischen Händen. Die Behörden haben der Agitation bisher ungehinderten Lauf gelassen, weil man von der Auffassung ausging, daß ein energisches Vorgehen der Bewegung nur zum Vortheil gereichen und dieselbe in gefährliche Bahnen lenken würde. Nachdem nun aber an mehreren Orten Schwedens [illegible] socialistische Arbeiterschaft [illegible] in den dortigen Regierungskreisen zu besserer Einsicht gelangt und gewillt zu sein, dem nächsten Reichstage wirklich, wie schon vor einiger Zeit angekündigt, aber dann widerrufen wurde, Gesetzesvorlagen zu unterbreiten, welche geeignet sind, die socialistische Bewegung in gewisse Grenzen zu bannen. Ihre Hauptnahrung zieht diese Bewegung indessen auch in Schweden aus dem politischen Radicalismus, aus jenem „entschiedenen" Liberalismus, der die Staatsgewalt in seine Hände bringen will, und dem zu diesem Zwecke die socialistische Masse eine willkommene oder gar nothwendige Bundesgenossin ist. Hat doch vor Kurzem einer der Führer einen Vortrag gehalten, in welchem die Socialdemokratie aufgefordert wurde, von ihrem auf die Umgestaltung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung gerichteten Bestreben, besonders von dem Kampfe gegen den Capitalismus, abzulassen, dann würde sie die „ganze compacte liberale Mehrheit auf ihrer Seite" haben und die „stärkste Partei" werden. Zu wessen Vortheil das Bündniß ausschlagen würde, ist wohl klar.

* Außer den vom **dänischen Marineminister** für Material geforderten 8⅘ Millionen, die im Laufe von sieben Jahren zu verwenden sind, werden noch im ersten Jahre 2,200,000 Kronen und danach jährlich 1,700,000 Kronen verlangt, wodurch die Totalsumme auf 21,200,000 Kronen steigt. Dieser Betrag soll auf Vollendung des Panzerschiffs „Iver Hvitfeld" und der Kreuzercorvette „Valkyrien" mit 2,200,000 Kronen, für 2 große Schlachtschiffe à 4,000,000 Kr., für 3 Kreuzer à 1,400,000 Kronen, für 3 Torpedo-Jäger à 500,000 Kronen, 14 Torpedos 1. Cl. und 14 Torpedos 2. Cl. verwendet werden. Der Entwurf in Betreff der Vermehrung des Marinepersonals will die Premierlieutenants-, Commandeur- und Capitains-Classe um 24, die des Seeminencorps um 20, des Maschinencorps um 48 Stellen vermehren.

* Das **schweizerische** Bundesgericht hat eine von der Urner Regierung erhobene Klage auf Zahlung der cantonalen Vermögens- und Erwerbssteuer abgewiesen.

* Der jüngst in der **holländischen Zweiten Kammer** eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend die **Sonntagsheiligung**, stößt bei allen Parteien auf Widerspruch. Die Orthodoxen und Ultramontanen erkennen zwar das löbliche Bestreben der Regierung an, sind aber mit so bescheidenen Zugeständnissen keineswegs zufrieden. Die Liberalen dagegen werfen der Regierung vor, daß sie mit Rücksicht auf die gegen die Uebertretung des Sonntagsgesetzes angedrohten Strafen sich zum Diener einer oder mehrerer Kirchengesellschaften mache und damit den Charakter der Confessionslosigkeit abstreife. Derselben Meinung begegnet man auch in israelitischen Blättern, welche auf den Widerspruch hinweisen, daß der Staat den von den christlichen Kirchen als Ruhetag angenommenen Sonntag zu einem „Staatsruhetag" stemple.

* Die officiöse „Agence Havas" behauptet, daß der französische Botschafter **Herbette** bisher der deutschen Regierung keinerlei Eröffnungen betreffs der **Pariser Ausstellung** von 1889 gemacht habe.

* Der **französischen Regierung** ist es jetzt endlich gelungen, einen **Nachfolger Paul Bert's** zu finden. Es ist dies der ehemalige Director der Verwaltungs-Angelegenheiten im Ministerium des Innern **Bihourd**, der kürzlich zum Generalresidenten in Tunis ernannt wurde, sich aber noch nicht auf seinen Posten begeben hat. Freycinet dürfte über den Entschluß Bihourd's, die Ernennung anzunehmen, um so mehr erfreut sein, als dringende Gründe ihn gezwungen hätten, die Ernennung desselben für Tunis rückgängig zu machen. Bihourd ist nämlich Jude und würde bei der muselmännischen Bevölkerung einer entschiedenen Abneigung begegnet sein, während in Tonkin die Religion des Generalresidenten gleichgiltig ist. Bihourd gilt als ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, sowie als energischer Mensch.

* **Aus Bizerta in Tunis** wird der „**Times**" telegraphirt: „Die Franzosen haben die Vorarbeiten zur Anlage eines Hafens in Bizerta begonnen. Die Kosten werden auf 120,000 Lstrl. veranschlagt. Es wird beabsichtigt, einen Militairposten daselbst zu errichten." Hierzu bemerkt das Blatt: „Der See Bizerta liegt ungefähr 30 Meilen nordwestlich von der Stadt Tunis und kann mit geringem

SLUB
Wir führen Wissen.